

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. September 1982
am Donnerstag, dem 30. September 1982

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Clemens (CDU/CSU)	3, 12	Marschall (SPD)	33, 34
Dr. Czaja (CDU/CSU)	20, 53	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	13, 14
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	40, 41	Menzel (SPD)	23, 24
Dallmeyer (CDU/CSU)	54	Milz (CDU/CSU)	15, 25
Eigen (CDU/CSU)	2	Regenspürger (CDU/CSU)	52
Funke (FDP)	4, 5	Repnik (CDU/CSU)	35, 36
Gerstein (CDU/CSU)	8, 9	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	43, 44
Gilges (SPD)	27, 28	Schröder (Hannover) (SPD)	6, 7
Hansen (fraktionslos)	10, 49	Sielaff (SPD)	31
Herberholz (SPD)	45	Dr. Spöri (SPD)	16, 17
Dr. Hirsch (FDP)	50, 51	Dr. Steger (SPD)	46
Horstmeier (CDU/CSU)	22	Thüsing (SPD)	39
Jagoda (CDU/CSU)	26	Vogelsang (SPD)	32
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	29, 30	Weirich (CDU/CSU)	37, 38
Dr. Kübler (SPD)	1, 21	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	18, 19
Lenzer (CDU/CSU)	47, 48	Dr. Zumpfort (FDP)	11, 42

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	8
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Hält die Bundesregierung die „Pleitestatistiken“ für ausreichend aussagekräftig i. S. der Transparenz von Ursachen und Auswirkungen, und trifft es zu, daß insbesondere Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) besonders häufig Konkurs anmelden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

2. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Meinung des ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesernährungsministerium, Gallus, wonach die heutige Erdbevölkerung „nicht mit den Produktionsmethoden von gestern versorgt werden könne“ und man „auf modernste Technik und industrielle Produktion angewiesen“ sei, und ist die Bundesregierung bereit, diese Grundsätze auch bei der Legehennenhaltung anzuwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, aus der Untersuchung für das Bundesverteidigungsministerium durch Herrn Emcke Konsequenzen in Form von Stellenplankürzungen und Einsparungen von Sachkosten im Bundesverteidigungsministerium zu ziehen, und wird die Bundesregierung die bisher noch nicht überprüften 4 200 Arbeitsplätze des Bundesverteidigungsministeriums einer kritischen Untersuchung unterziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

4. Abgeordneter
Funke
(FDP) Aus welchen Gründen beschränkt sich die Bundesregierung (wie z. B. gegenüber Indonesien) darauf, eine gleichberechtigte Berücksichtigung deutscher Linien bei der Ladunglenkung zu fordern, statt dafür einzutreten, daß sich die Regierungen den Kodexregelungen entsprechend zurückhalten und den Outsiderverkehr freihalten?
5. Abgeordneter
Funke
(FDP) Hält die Bundesregierung bilaterale Schiffsverträge mit Vorrechten für die nationalen Linien für vereinbar mit Geist und Wortlaut des EG-Vertrags, und wie beurteilt sie die Auffassung der EG-Kommission, daß bestehende bilaterale Verträge korrekturbedürftig sind und nur eine gleichberechtigte Beteiligung aller EG-Linien vertragskonform ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Werden Bundesmittel zur Förderung von Bildungsmaßnahmen bzw. Seminaren des Deutschen Beamtensbunds eingesetzt, und wenn ja, in welcher Höhe?

7. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Haben am Wochenende des 10. auf den 11. bzw. 12. September 1982 solche Seminare oder Bildungsmaßnahmen im Raum Bonn stattgefunden, und wenn ja, welche?
8. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigung des Sprechers der Grünen in Düsseldorf, wonach die nordrhein-westfälischen Grünen und verschiedene Gruppen von Atomkraftgegnern gegen den Weiterbau des Schnellen Brüters in Kalkar aktiven Widerstand leisten werden?
9. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Auf welche Weise hält es die Bundesregierung für möglich, den Übungsbetrieb für Aktionen wie z. B. kleine Sabotageakte gegen den Schnellen Brüter, wie er nach den gleichen Aussagen z. Z. durchgeführt wird, zu unterbinden?
10. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos) Wie will die Bundesregierung nach einer Übernahme der Verwaltung des Berliner Document Center mit den Dr. h. c. Kiesinger und andere noch lebende Persönlichkeiten betreffenden Dokumenten verfahren, wenn sie sich unter den Akten befinden, die im „Giftschrank“ des Document Center zur Zeit noch unter Verschuß gehalten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

11. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, Windkraftanlagen zur privaten Hausenergieversorgung einkommensteuerrechtlich hinsichtlich Wertabschreibungen den gleichen Status als alternative Energiequelle einzuräumen, wie dies bei Solaranlagen, Biogasanlagen und Wärmepumpen der Fall ist?
12. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung angesichts dringend notwendiger Sparmaßnahmen im konsumtiven Bereich der Auffassung, daß Überprüfungen wie im Bundesverteidigungsministerium auch in den anderen Bundesministerien erfolgen mit dem Ziel, personelle Überbesetzungen abzubauen?
13. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung das Ausmaß der Beteiligungen von Lebensversicherungsunternehmen an anderen Versicherungsunternehmen in Hinsicht auf das Gebot der Spartenrennung, auf die Risiken solcher Kapitalanlagen und auf eine gerechte Überschußbeteiligung der Versicherten?
14. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Wieviel Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen durch solche Beteiligungen hohe Verluste zum Nachteil der Versicherten entstanden sind, und sollten eventuelle Beteiligungen von Lebensversicherungsunternehmen an anderen Versicherungsunternehmen beschränkt oder verboten werden?

15. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, für zusätzliche Ausbildungsplätze den Ausbildungsbetrieben in den nächsten drei Jahren einen Steuerfreibetrag zu gewähren und darüber hinaus dafür Sorge zu tragen, daß Ausbildungsbetriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in den nächsten drei Jahren bevorzugt berücksichtigt werden, um damit die Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen?
16. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wäre eine eventuelle, vom Bundesfinanzministerium mir natürlich wegen des Steuergeheimnisses nicht bestätigbare, Anerkennung der Gemeinnützigkeit des „Kameradschaftsverbands der Soldaten des I. Panzerkorps der ehemaligen Waffen-SS, Leibstandarte Adolf Hitler“ unter legaler Nutzung der Spielräume der gegenwärtigen steuerrechtlichen Bestimmungen zur Gemeinnützigkeit möglich?
17. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wenn ja, wäre diese legale Nutzungsmöglichkeit Anlaß für das Bundesfinanzministerium, einen Vorschlag zur Novellierung der steuerlichen Gemeinnützigkeitsbestimmungen zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

18. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Wie hat die Bundesregierung reagiert, falls es zutrifft, daß die bayerische Staatsregierung und ihr Ministerpräsident Dr. Franz Josef Strauß, die Bundesregierung aufgefordert haben sollen, die „Kohlevorrangpolitik aufzugeben“?
19. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Hält die Bundesregierung trotz derzeit schwieriger Absatzlage an der Kohlevorrangpolitik und an dem Grundsatz der Erhaltung der heutigen Förderkapazitäten fest?
20. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche gravierenden Unterschiede gibt es nach Auffassung der Bundesregierung bezüglich der Verbotsmöglichkeiten für den Reexport von Lizenzen und Gütern in Drittländer zwischen dem Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik Deutschland und dem Export Administration Act der USA von 1979?
21. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ursachen der Konkurse von Firmen und ihre Auswirkungen, insbesondere auf den Arbeitsmarkt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

22. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Ist damit zu rechnen, daß bei dem in Vorbereitung befindlichen Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes die Situation in der Landwirtschaft mit ihrem unterschiedlichen Arbeitsanfall praxisgerecht durch Sonderregelungen berücksichtigt wird, und wenn ja, ist schon bekannt, in welcher Weise?

23. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Sind Pressemitteilungen zutreffend (u. a. Wirtschaftswoche vom 13. August), wonach durch das Verhalten der Bundesanstalt für Arbeit bzw. ihres Präsidenten im Zusammenhang mit der Förderung eines Turnhallenbaus in Homburg Schaden für die Bundesanstalt entstanden ist, und wie hoch sind die Verluste?
24. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesem Vorfall zu ziehen?
25. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit bereit, die Anrechnung der Ausbildungsplätze nach dem Schwerbehindertengesetz für die Dauer von drei Jahren auszusetzen?
26. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU) Wie viele Ärzte sind bei den Arbeitsämtern als erwerbslos gemeldet, und wieviel Kassenarztpraxen sind unbesetzt?
27. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Treffen Angaben der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu, nach denen in der Bundesrepublik Deutschland rund 300 000 Bauarbeiter illegal tätig sind und dadurch dem Staat ca. 15 Mrd. DM jährlich an Steuern und Sozialabgaben vorenthalten werden?
28. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wieviel Strafverfolgungen seit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung“ gegen Entleiher und Leiharbeiter bei Arbeitnehmerüberlassung ohne Erlaubnis eingeleitet worden sind?
29. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen mit ihren Pflichtbeiträgen zur Finanzierung von Abtreibungen – nicht nur aus medizinischen, sondern auch aus anderen, sozialen Gründen – gezwungen werden, und was gedenkt sie dagegen zu tun?
30. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Was ist der Bundesregierung über die Forderung einiger Gewerbeaufsichtsämter bekannt, in Diskotheken sogenannte Lärmpegelbegrenzer einzubauen, die bewirken sollen, daß sich die Musikanlage automatisch abstellt, wenn diese eine Lautstärke von mehr als 85 Dezibel erreicht, und ist sie bereit, diese Forderung durch eine entsprechende gesetzliche Regelung zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

31. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, Herstellerfirmen von Medikamenten zur verpflichten, Ärzte ausführlich auf Suchtrisiken von Arzneimitteln hinzuweisen, um zu verhindern, daß Suchtwirkungen von Medikamenten verschwiegen oder verharmlost werden?

32. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) Ist die Bundesregierung angesichts zunehmender Verbreitung von Videokassetten mit jugendgefährdendem Inhalt bereit, bei den Herstellern von Videokassetten auf die Einrichtung einer Freiwilligen Selbstkontrolle hinzuwirken analog der Freiwilligen Selbstkontrolle, wie sie etwa beim Film besteht?
33. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung Werbepraktiken der Hersteller von Mittermilchersatzprodukten, mit denen Ärzte, Kinderschwestern und Hebammen zur Anwendung bzw. Weitergabe solcher Produkte bewegt werden, z. B. durch kostenlose Lieferung der benötigten Mengen bis hin zur Finanzierung von Studienreisen und wird sich die Bundesregierung für die Umsetzung des WHO-Kodex für die Vermarktung von Mittermilchersatz in der Bundesrepublik Deutschland einsetzen, der eine Einschränkung der Werbung für diese Produkte empfiehlt?
34. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Wie kann erreicht werden, daß Neugeborene nicht gegen den Willen ihrer Eltern und ohne Notwendigkeit mit Fertignahrung ernährt werden und so das Stillen erschwert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

35. Abgeordneter
Repnik
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß 80 in München bei der Deutschen Bundespost tätige Ausländer Trennungsgeld erhalten, deren Familien nicht nach Deutschland ziehen wollen, obwohl der Bundesrechnungshof bereits 1969 die Trennungsgeldzahlung kritisierte, ohne daß die Deutsche Bundespost darauf reagiert hätte?
36. Abgeordneter
Repnik
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Trennungsgeldzahlungen, die vom Bundesarbeitsgericht wegen der langjährigen Dauer als betriebliche Übung anerkannt worden sind, in Zukunft zu unterbinden?
37. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Hält der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen die erhebliche Ausweitung der Postbankdienste angesichts der Tatsache, daß der Zahlungsverkehr schon bisher erheblich subventioniert wurde und auf dem Markt durch die Kreditwirtschaft eine ausreichende Bedarfsdeckung gegeben ist, für vereinbar mit dem Verfassungsauftrag der Post?
38. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Teilt der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen die Auffassung, daß es wettbewerbspolitisch außerordentlich fragwürdig ist, daß die Bundespost angesichts ihrer Monopolstellung in der Kommunikationstechnik gerade im Bankgeschäft, wo die neuen Informations- und Kommunikationstechniken besondere Bedeutung gewinnen werden, eine Ausweitung ihrer Dienste plant?

39. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Was hat den Bundespostminister veranlaßt, den Aus-
hang eines Plakats der Kinderhilfsorganisation terre
des Hommes gegen Ausländerfeindlichkeit in den
Postämtern nicht zu gestatten, obwohl das Plakat
neben dem Bild eines türkischen Kindes lediglich
den rot durchgestrichenen Schriftzug „Ausländer
raus“, die mit dem Kind in Verbindung gebrachte
Aussage „Ick bin een Berliner“ sowie den Text
„Deutsche und ausländische Kinder halten zusam-
men. Kinder kennen keine Grenzen.“ enthält?
40. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-
Gmelin
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung
von Arbeits- und Dienstplätzen im Bereich der
ehemaligen OPD (Oberpostdirektion) Tübingen?
41. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-
Gmelin
(SPD) Stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein,
daß die Bedingungen im Bereich der jetzigen OPD
Stuttgart/Tübingen den Verhältnissen im Bereich
der OPD Karlsruhe/Neustadt insoweit vergleichbar
sind, als eine Art Filialsystem auch hier errichtet
werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

42. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag,
Windkraftanlagen zur Hausenergieversorgung aus-
drücklich als bauliche Nebenanlage gem. § 14 der
Baunutzungsverordnung anzuerkennen, damit der
Zustand der Rechtsunsicherheit beendet wird,
nach dem Gerichtsurteile ausdrücklich die Frage
der Eigenschaft als Baunebenanlage bejahen und
auch Landesvorschriften existieren, die jetzt schon
zu gegenteiliger Auslegung des § 14 kommen?
43. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die neuesten An-
gebote für Heizmeßeinrichtungen im Hinblick auf
ihre Verwendbarkeit und Rentabilität?
44. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, den
Anträgen von Mieter- und Vermieterverbänden zu
folgen, die Frist für den notwendigen Einbau von
individuellen Heizmeßgeräten im Wohnungsaltbe-
stand zu verlängern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

45. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Ist die Bundesregierung in der Lage, den Inhalt der
„Risikoorientierten Analyse zum Schnellen Brüter“
des Instituts für Energie- und Umweltforschung zu
bewerten?

46. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß ihre Beteiligung am Space Shuttle nicht auch für militärische Zwecke benutzt wird, wie dies gegenwärtig im Rahmen des Columbia-Programms von den US-Streitkräften beabsichtigt ist?
47. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Zuwendungen sind bisher vom Bundesforschungsminister und den beteiligten Banken seit 1975 an die Deutsche Wagnisfinanzierungsgesellschaft geflossen?
48. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie hoch ist das finanzielle Engagement bzw. waren die Verluste der Gesellschafter der Deutschen Wagnisfinanzierungsgesellschaft vor und nach Steuern?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

49. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos) Trifft es zu, daß der damalige Regierungsdirektor Dr. Langemann im Auftrag des BND auf Veranlassung des Bundeskanzleramtes im Jahr 1968 den Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger betreffende Dokumente aus dem Jahr 1942 durch Manipulation des Indexes im Nationalarchiv in Washington mit Unterstützung von Mitarbeitern des CIA unauffindbar gemacht hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

50. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist die Bundesregierung von den alliierten Streitkräften ordnungsgemäß über die Lagerung chemischer Kampfmittel auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet worden, und wann hat sie Entscheidungen darüber getroffen, ob sie die Lagerung solcher Kampfstoffe dulden will?
51. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Hat die Bundesregierung die Lagerung solcher Waffen Dritter auf ihrem Gebiet davon abhängig gemacht, daß sie nicht ohne ihre ausdrückliche Zustimmung verwendet werden dürfen?
52. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Werden die Pässe von Angehörigen der Republik China bei Erteilung des deutschen Einreisesichtvermerks mit dem Zusatz versehen, der Paßinhaber dürfe keine Kontakte zu den Medien herstellen, und wie vereinbart die Bundesregierung diese Praxis mit der in Artikel 5 des Grundgesetzes garantierten Pressefreiheit?
53. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Hat Prof. Baring für sein Buch „Machtwechsel“ Einblick in die Protokollvermerke über die Verhandlungen von Bundesaußenminister Scheel in Moskau im Juli/August 1970 oder wesentlich präzisere Auskünfte über ihren Inhalt als die meisten Mitglieder

des Auswärtigen und des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages bei der Beratung der Vertragsgesetze zu den Ostverträgen erhalten, und wenn ja, können diese Protokollvermerke nunmehr auch von anderen Wissenschaftlern oder von Abgeordneten des Deutschen Bundestages, z. B. beim Bundeskanzleramt oder beim Auswärtigen Amt, eingesehen oder dort dementsprechend präzise Auskünfte eingeholt werden?

54. Abgeordneter
Dallmeyer
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob britische Zeitungsberichte zutreffen, nach denen die Sowjetunion die seinerzeit vom Westen gelieferten technischen Einrichtungen des Fernmeldewesens und der Telefonzentralen für die Olympischen Spiele neuerdings für die militärischen Hauptquartiere und den KGB in Moskau benutzen?

Bonn, den 24. September 1982

